

seinen Ostermarschauftuf um die Forderung „Keine weitere Eskalation des Krieges – Waffenstillstand jetzt – Keine Waffenlieferungen, aber Unterstützung von Kriegsoffizieren“ ergänzt.

Der Bundesausschuss des Friedensratschlags in Kassel (www.friedensratschlag.de) fordert dazu auf, sich dem Rüstungswahnsinn von 100 Milliarden Sondervermögen für das Militär, der Grundgesetzänderung und den 70 Milliarden jährlicher Militärausgaben entgegenzustellen.

Wenn das Rüstungsprogramm des Kanzlers Scholz so umgesetzt wird, werden die nächsten 30 Jahre durch militärische Gewalt in der EU und in der Nato an der Seite der USA bestimmt sein. Dieses gigantische Aufrüstungsprogramm geht zu Lasten des Klimas, der Renten, des Gesundheitssystems und der Bildung. Das Militär ist einer der

größten Klimakiller und Umweltzerstörer weltweit. Fridays for Future, Gewerkschaften, Kirchen müssen zusammenfinden und den Widerstand auf die Straße bringen, um die deutsche Regierung von dieser Aufrüstung abzuhalten.

Dieses gigantische Aufrüstungsprogramm geht zu Lasten des Klimas, der Renten, des Gesundheitssystems und der Bildung. Das Militär ist einer der größten Klimakiller und Umweltzerstörer weltweit

Die Hoffnung für den kommenden Ostermarsch und viele weitere Proteste im Jahr 2022 ist, dass die Begeisterung für militä-

rische Aufrüstung in der Regierung, im Parlament, in den meisten Medien, in der deutschen Zivilgesellschaft nicht mehrheitsfähig wird. Welche Chancen der gemeinsame Kampf gegen den heraufziehenden Rüstungswahnsinn hat, wird sich auch an der steigenden Beteiligung am Ostermarsch 2022 ablesen lassen.

WILLI BARTELS – Mitglied im Friedenausschuss der GEW und im Hamburger Forum

Dieser Artikel wurde geschrieben in der Hoffnung, dass er die hlz-Leser_innen noch vor Ostern erreicht. Der Autor und die Redaktion sind der Überzeugung, dass selbst dann, wenn dies nicht klappt, es wichtig ist, die getroffenen Aussagen auch nach dem hoffentlich eindrucksvollen Auftreten der Kriegsgegner_innen zu Ostern zu veröffentlichen. Die Red.

KRIEG UND FRIEDEN

Paradigmenwechsel in der Hamburger GEW?

Der Landesvorstand lehnt die Unterstützung des Russell-Tribunals zur Verurteilung der über den Hamburger Hafen durchgeführten Waffenexporte ab

Der 30. März 2022 könnte in die Annalen der Hamburger GEW als Paradigmenwechsel in Sachen Krieg und Frieden eingehen.

Der Ausschuss für Friedensbildung unseres Landesverbandes stellte an diesem Tag im Landesvorstand den Antrag, mit dem „Hamburger Russell-Tribunal“ zum Thema Waffenexport über den Hamburger Hafen zu kooperieren.

Das wurde mit Mehrheit auf der o.g. Sitzung abgelehnt.

Auf der Sitzung stellten Jochen Rasch und der Autor dieses Beitrags das Konzept des Tribunals vor, das vom 30. Juni bis 3. Juli 2022 stattfinden wird. Zuvor war allen Vorstandsmitgliedern eine ausführliche Dokumentation des aktuellen Planungsstandes übermittelt worden.

Die angestrebte Kooperation bezieht sich auf die Woche vom 27. Juni bis 1. Juli und beinhaltet eine bildungspolitische Friedenswoche, in der auch Angebote an die Kolleg_innen in den

Bildungseinrichtungen der Stadt gemacht werden. Insgesamt begleitet das Tribunal ein 10-wöchiges Programm.

Nun weckt vielleicht das Wort „Tribunal“ negative Bilder und Assoziationen, vor allem bei denjenigen, die die Tradition der „Russell-Tribunale“ nicht kennen.

Es ging und geht bei den „Russell-Tribunalen“ um die Aufarbeitung von Völkerrechtsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, um

Das Besondere am „Hamburg-Tribunal“

Das „Hamburg-Tribunal“ stellt sich in die Reihe der sog. „Russell-Tribunale“ und wird von der „Russell-Peace-Foundation“, gegründet von Lord Bertrand Russell, begleitet und unterstützt. Das erste historische Tribunal – es waren eigentlich zwei hintereinander, moderiert von Jean Paul Sartre, untersuchte die Kriegsverbrechen während des Vietnamkrieges. Weitere, vor allem in juristischen Kreisen beachtete Tribunale folgten.

Frank Barat koordiniert für die „Russell-Peace-Foundation“ das Hamburg-Tribunal und nutzt vor allem seine internationalen Kontakte und Netzwerke für die Zusammenstellung der am Prozess Beteiligten. Als nationaler Koordinator steht Martin Dolzer, Hamburger Journalist, zur Verfügung. Er koordiniert auch das Kultur- und Musikprogramm an den Tribunaltagen. Neu in der Geschichte der „Russell-Tribunale“ sind das Begleitprogramm und die friedensethischen und politischen Aspekte der Verhandlungen.

Die Liste der bisherigen Kooperationspartner_innen ist lang, z.B. der Kirchenkreis Ost und West (=Hamburger Kirche) mit zahlreichen Arbeitsstellen, Greenpeace, das Li, die DFG/VK, Peace Brigades International, terres des hommes, Evangelische Studierendengemeinde Hamburg, Open School 21, Diakonisches Werk Hamburg, TIDE (freier BürgerInnen-Sender Hamburg), pti (Pädagogisch-Theologisches Institut Hamburg), Brot für die Welt (Hamburg/Berlin), Deutsches Schauspielhaus.....

Nur die GEW verweigert sich. Das ist schwer verständlich, zumal der Hamburger Landesverband Mitglied der Volksinitiative gegen Rüstungsexporte ist, aus der heraus die Idee für ein solches Tribunal entstanden ist.

Die Einwände, angesichts des Ukraine-Krieges sei eine solche Veranstaltung nicht angemessen – oder: man wolle den Hamburger Senat nicht auf der Anklagebank sehen, gehen an der Intention des Tribunals und einer möglichen Mitwirkung der GEW am Bildungsprogramm völlig vorbei.

Auf dem Hamburger GEW-Gewerkschaftstag wird es einen erneuten Antrag auf Kooperation geben, von dem wir hoffen, dass er den Mehrheitsbeschluss des Landesvorstands korrigiert.

Weitere Anfragen zu Einzelheiten gerne an Hartmut Ring, auch nach dem bisherigen Stand der Zusammensetzung des Tribunals: ppf@umwelt.ecolink.org
HR

strafbewehrte Handlungen auch im nationalen Recht.

Das Tribunal ist so gestaltet, dass konkrete beweisbare Fälle zur Sprache kommen. Im Hamburger Tribunal geht es um vier Fälle: Nordsyrien / Rojava, Mexico / Kolumbien, Jemen und Kindersoldaten (auf dem Afrikanischen Kontinent).

Das „Hamburg-Tribunal“ ist kein international anerkannter Gerichtshof wie der in Den Haag, sondern eine zivilgesellschaftliche Verhandlung.

Es hat die Funktion, auf Verletzungen des Rechts (Völkerrecht, Menschenrechte, Waffenkontrollgesetz etc.) hinzuweisen und in Bezug auf Verbesserung von Rechtsprechung und Gesetzen Impulse zu setzen. Es gibt zwar seitens der Jury ein ‚Urteil‘, aber nicht im streng juris-

tischen Sinn. Die Jury verhängt z.B. kein Strafmaß, sie nimmt aber die ‚Richterfunktion‘ im Tribunal wahr und besteht aus hochrangigen, international renommierten Jurist_innen, Künstler_innen, Journalist_innen und Wissenschaftler_innen, die in den Ländern, aus denen sie kommen, eine hohe Reputation genießen.

Ein internationales Team von Jurist_innen bereitet die Anklage vor. Expert_innen arbeiten an der Recherche der Fälle und begleiten die Verhandlung während der Sitzungen. Zeug_innen werden angehört. Eine Verteidigung ist möglich. Pro Verhandlungstag werden zwei Themen bearbeitet.

HARTMUT RING
Ausschuss für Friedensbildung

Warum die Kirche beim Hamburg-Tribunal mitmacht

Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Abschreckung durch Aufrüstung kann vielleicht kurzfristig Kriege verhindern, schafft aber keinen Frieden. Das Hamburg-Tribunal bietet im Vorfeld die Chance, sich mit vielen Veranstaltungen und Menschen für einen wirklichen Frieden zu engagieren. Deshalb ist „Kirche“ dabei.

PASTOR KLAUS-MICHAEL TÄGER,
Ökumenische Arbeitsstelle im ev.-luth. Kirchenkreis-Hamburg Ost